



Pressemitteilung

Kinderschutzbund und GEW enttäuscht über Bildungsdebatte

Lernmittelfreiheit dringender denn je!

KIEL 23. September 2022

Zur gestrigen Sitzung im Bildungsausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags erklärt Irene Johns, Landesvorsitzende Kinderschutzbund Schleswig-Holstein: „Schon 2016 hat eine vom damaligen Landtag in Auftrag gegebene Studie ergeben, dass Eltern durchschnittlich über 1.000 Euro jährlich für den Schulbesuch ihrer Kinder zahlen – eindeutig zu hohe Kosten, insbesondere für Eltern mit keinem oder geringem Einkommen. Seitdem sind die Ausgaben für digitale Ausstattung dazugekommen.“ Aktuell verschärft sich die Situation durch die insgesamt explodierenden Kosten in fast allen Lebensbereichen dramatisch. Viele Familien befinden sich in finanzieller Sicht in einer dauerhaften Belastungssituation. „Auch die Ausgaben für Schulmaterial sind in diesem Jahr deutlich gestiegen¹. Das führt in vielen Familien zu massiven finanziellen Nöten und der Druck steigt. Kinderarmut droht weiter anzuwachsen“, zeigt sich Irene Johns besorgt.

Vor diesem Hintergrund ist der Kinderschutzbund enttäuscht über den Antrag (Umdruck 20/190) der regierungstragenden Fraktionen von CDU und Grünen. „Wir vermissen aktuell den Willen, dem Problem zu hoher Schulkosten ernsthaft zu begegnen. Dabei ist der Handlungsbedarf längst klar formuliert – noch immer sind viele Kinder in ihrem Bildungserfolg benachteiligt, weil sich ihre Eltern die Ausgaben rund um den Schulbesuch nicht leisten können. Dass Lernmittelfreiheit Gegenstand des Koalitionsvertrags ist, macht uns Hoffnung, dass nun endlich genau hingeschaut und gehandelt wird. Noch vermissen wir aber konkrete Schritte hin zu einer echten Lernmittelfreiheit!“, bekräftigt Johns.

Auch aus Sicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) muss die Landesregierung schneller handeln. „Ein Berichtsantrag hilft nicht wirklich weiter. Wir haben ja kein Erkenntnisproblem, sondern warten seit 2016 auf Umsetzungsschritte. Eltern müssen daher kurzfristig finanziell entlastet werden“, forderte die GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke. „Die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus Elternhäusern mit geringerem Einkommen durch fehlende Lernmittelfreiheit muss ein Ende haben. Soziale Herkunft darf nicht weiterhin in so starkem Maße über Bildungsteilhabe und Bildungserfolg entscheiden.“

„Dringender denn je braucht es eine echte Lernmittelfreiheit. Alle für den Schulalltag notwendigen Materialien müssen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden – um insbesondere armutsgefährdete Familien zu entlasten und ein Zeichen für mehr Bildungsgerechtigkeit zu setzen“, sind sich Astrid Henke und Irene Johns einig.

¹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2022/PD22_33_p002.html

Der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein ist die politisch unabhängige Lobby für Kinder. Er tritt für die Rechte und das Wohlergehen der Kinder ein. In Schleswig-Holstein engagieren sich im Kinderschutzbund über 3000 Mitglieder in 28 Orts- und Kreisverbänden.

Spendenkonto:

Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Förde Sparkasse, IBAN: DE77 2105 0170 0092 0360 60, BIC: NOLADE21KIE